

Ausgewählte Beiträge zur Rechtssituation in Deutschland. 2017.

BRD- Rechtsbruchstaat - sogar mit dem Bundesverfassungsgericht - am Beispiel „Volksgemeinschaft“

[Das Bundesverfassungsgericht erklärt, daß die BRD kein Staat des Deutschen Volkes ist](#) Bernd F. K. 28.000 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=-pcqx6yeF3U>

[Merkels Rechtsbruch gerichtlich bestätigt.](#) Georges Hemmerstoffer 718 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=ireSMIrRcUw>

[Die heimliche Macht des Bundesverfassungsgericht](#) Wikipedia Gaia 9.200 Aufrufe: https://www.youtube.com/watch?v=5i3_08a_via

[Alle Wahlen sind ungültig und nichtig.](#) Georges Hemmerstoffer 3.500 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=ve-r6Ktb4Z8>

[US- Frauen enttarnen Merkels Flüchtlingspolitik als Selbstbefriedigungsakt einer Egomani](#) Bernd F. K. 15.000 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=BWU7tHBnEzw>

[Was ist dran an der ngültigkeit der Bundestagswahlen seit 1956 durch das Bundesverfassungsgericht?](#) Was ist dran an ... 5.000 Aufrufe: https://www.youtube.com/watch?v=JUYacmExP_E

[Das Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß die BRD kein Staat des Deutschen Volkes ist](#) Kicks Open Empfohlenes Video: https://www.youtube.com/watch?v=iks_Qf6pYxA

[Darum wird euer erspartes und Rente nichts mehr Wert sein! Recht auf Durchblick](#) Empfohlenes Video: <https://www.youtube.com/watch?v=LeXXZHDvm64>

[Das Bundeverfassungsgericht \(BVerfG\) - Erklärvideo](#) Tim Bremer 3.000 Aufrufe: https://www.youtube.com/watch?v=3Z_QVPOJa7U

[Du bist kein Beamter? Dann kannst du es mal mit 600 EUR Rente so richtig krachen lassen !!](#) Harald Helmlechner 175.000 Aufrufe: https://www.youtube.com/watch?v=8c--Ceu_mbM

[Thilo Sarrazin rechnet mit seinen Kritikern ab](#) Kicks Open Empfohlenes Video: <https://www.youtube.com/watch?v=ZyWIL1aD6co>

[Euro: Was Frankreich plant und Merkel will. Gefahr für deutsche Sparer? Inflation oder Deflation?](#) Silberjunge 189.000 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=hSoDaMjUVCo>

[Damals - Merkel erklärt die Rechtslage der BRD](#) B↑BBBΞЯ 3.700 Aufrufe: <https://www.youtube.com/watch?v=0f1wSNhfceo>

Dieses Video wird Dich fassungslos und nachdenklich machen ► "Linker" Hass & seine Folgen (!!!) Frubi TV 74.000 Aufrufe:
<https://www.youtube.com/watch?v=XwWhL99IVrE>

BRD- Rechtsbruchstaat - sogar mit dem Bundesverfassungsgericht - am Beispiel "Volksgemeinschaft"

3.356 Aufrufe

42 4 Teilen



Bernd F. K.

Am 02.03.2017 veröffentlicht

Am 17.1.'17 erklärte das BVerfG grundgesetzwidrig die Deutsche Nation und das Abstammungsprinzip als verfassungsfeindlich. "Volksgemeinschaft" wird in der Verfassung des Saarlands in Artikel 52 verwendet. Dennoch rügt das Bundesverfassungsgericht am 17.1.2017 das Streben nach einer Volksgemeinschaft als verfassungsfeindlich. Was gilt in der BRD: geltendes Verfassungsrecht oder die verfassungsfeindliche Meinung des Bundesverfassungsgerichts? Als die SPD noch kein Steigbügelhalter für globalstrategische Umvolker, sondern eine Deutsche Arbeiterpartei war, verwendete auch sie den Begriff der "Volksgemeinschaft". Ein Volk ohne Gemeinschaft ist kein Volk und eine Gemeinschaft ohne Volk ist keine Gemeinschaft, sondern nur ein unproduktives Gewusel von Einzelinteressen, beherrscht von den Elementen, die das BVerfG- Urteil vom 17.1. beklatschen.



hans muster vor 6 Monaten (bearbeitet)

Auch das Bundesverfassungsgericht ist kein Organ vom deutschen Staat. Weil der deutsche Staat doch mangels eigener institutioneller Organe handlungs-unfähig geblieben ist. Und daran hält die höchste Rechtsinstanz in der BRD in beständiger Rechtsprechung fest. Und die Teil-Identität der BRD mit dem deutschen Staat ist noch viel zu geringfügig dafür, um den deutschen Staat erneut wieder handlungsfähig zu bekommen, weil sonst wäre der deutsche Staat doch nicht mehr handlungs-unfähig geblieben und würde auch eigene Organe betreiben. Was jedoch nicht der Fall sein soll. Im krassen Widerspruch stehen sich hier demnach zwei völlig unterschiedliche Sachverhältnisse gegenüber die miteinander unvereinbar bleiben. Denn entweder ist ein einziges Völkerrechtssubjekt handlungsfähig, oder eben nicht. Beides zusammen kann unmöglich zeitgleich zutreffen. ... Auch wurden bisher alle Bundeswahlen in der BRD seit 1949 völlig grundgesetzwidrig veranstaltet mit der Rechtsfolge, dass neben dem Grundgesetz gar keine weiteren gültigen Gesetze existieren und ausnahmslos alle Rechtsakte der BRD rechtsungültig geblieben sind und alle Organe der BRD grundgesetzwidrig besetzt wurden und weil die BRD unter "fremder" Staatsgewalt steht. Quelle: Rechtsstaatsreport <http://rechtsstaatsreport.de> (Der Rechtsstaatsreport ist eine rechtswissenschaftliche Expertise der Grundrechte-Partei in der u. A. der Frage nachgegangen wurde, ob die Bundeswahlen grundgesetzkonform, oder grundgesetzwidrig veranstaltet wurden.) Zitat: "Die Wahlgesetze der Bundesrepublik Deutschland im Lichte des Art. 19 Abs. 1 GG Rechtsfrage Wurden die Wahlen zu den Bundestagen der Bundesrepublik Deutschland seit dem 14. August 1949 in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Vorschriften der Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 38 GG abgehalten? Tenor Auf Grund des Verstoßes des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland – und in der Folge aller weiteren Wahlgesetze – gegen die grundgesetzliche

Gültigkeitsvoraussetzung für Grundrechte einschränkende Gesetze gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG (Zitiergebot) wurde seit dem 14. August 1949 keine Bundestagswahl auf der Grundlage von dem Grundgesetz entsprechenden Wahlgesetzen und damit nicht ordnungsgemäß gemäß Art. 20 Abs. 2 GG i.V.m. Art. 38 GG abgehalten mit der Rechtsfolge der deklaratorischen Nichtigkeit der Bundestagswahlen und aller damit in Verbindung stehenden folgenden Rechtsakte." Fazit: Das Gelaber von Voßkuhle bleibt nur ein unproduktives Gewusel von Einzelinteressen. ... Und wodurch kommt es, dass die Gerichte in der BRD Einzelinteressen vertreten und nicht das Grundgesetz befolgen? Das liegt an der von Anfang an falsch aufgeteilten Gewaltenteilung unserer Volksgewalt mit Justizstrukturen aus "vordemokratischer" Zeit und weil die Judikative grundgesetzwidrig aufgestellt wurde, was faktische Einflußnahmemöglichkeiten auf die jeweiligen Richter hat Einzelinteressen zu vertreten und nicht das Grundgesetz zu befolgen. Quelle: Neue Richtervereinigung <https://www.neuerichter.de/details/artikel/article/deutscher-bundestag-wird-mit-herstellung-der-unabhngigkeit-der.html> Zitat:"Die deutschen Justizstrukturen sind in vordemokratischer Zeit entstanden, sie sind in Umklammerung durch die Exekutive erstarrt. Es ist erstaunlich, dass es heutzutage immer noch als selbstverständlich hingenommen wird, dass eine ganze Staatsgewalt – die Judikative – von einer anderen – der Exekutive – verwaltet wird, mit allen Folgen, die das für faktische Einflußnahmemöglichkeiten auf Richter hat. Beispielhaft gilt dieses für die Ausstattung des einzelnen Arbeitsplatzes, die Steuerung von Versetzungen oder für die Beurteilungs- und Beförderungsmacht im Einzelfall. Das ist in Europa ein fast schon einmaliges Beispiel der Rückständigkeit (nur geteilt von Österreich und Tschechien). <https://www.neuerichter.de/details/artikel/article/thema-fuer-die-koalitionsvereinbarung-evaluation-der-justizstru.html> Zitat:"Die deutschen Verbände von Richtern und Staatsanwälten sind sich darin einig (!), dass die Judikative als eigenständige Staatsgewalt neu aufgestellt werden muss. Das sehen also nicht nur wir so, sondern auch Ver.di und der Richterbund, wenn auch Differenzen in unseren Lösungsvorschlägen bestehen." ... Weil die rechtsstaatliche Verfassung eines Gemeinwesens beruht zunächst vor allem auf der institutionellen Unabhängigkeit der Rechtsprechung. In ihrem Verhältnis zu den anderen Gewalten muss die strikteste Gewaltenteilung herrschen. Exekutive wie Legislative muss es versagt sein, in die Tätigkeit der Richter einzugreifen oder sie gar unter Druck zu setzen. Die sachliche Unabhängigkeit garantiert dem Richter, dass er in seinem Wirken keinerlei Weisungen unterworfen ist. Er hat einzig Gesetz und Recht zu dienen, diese hat er auszulegen, ohne dass ihm der Staatsanwalt oder die Regierung oder ein höheres Gericht seine Entscheidungen vorschreiben darf. Erst diese richterliche Unabhängigkeit führt zu einer Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Die durch unabhängige Richter ausgeübte Herrschaft des Rechtes sollte eigentlich gegenüber den absolutistischen Machtansprüchen der Regierung gewährleistet bleiben. Nur dort kann Rechtssicherheit existieren, wo die Bürger genau wissen, was der Staat tun darf und was ihnen selbst zu tun oder zu lassen vorgeschrieben ist. Es gilt das Gebot der Klarheit der Gesetze. "Gummiparagraphen" sind in einem Rechtsstaat unstatthaft, denn sie untergraben die Rechtssicherheit. Eine dem Rechtsstaat verpflichtete Gesetzgebung wird sich deshalb immer um äußerste Präzision und Klarheit bemühen. Die Messbarkeit und Vorausberechenbarkeit alles staatlichen Handelns als elementare Voraussetzung des Rechtsstaats fordert die Bindung von Regierung und Verwaltung an das Gesetz. Jeder Verwaltungsakt muss auf ein Gesetz zurückführbar sein, das seinerseits demokratisch legitimiert sein muss. Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung besagt, dass die Verwaltung nur in dem Rahmen tätig werden darf, den ihr die parlamentarische Mehrheit eröffnet hat. Im Falle einer Kollision haben die Gesetze und nicht die individuelle Dynamik der Verwaltung den Vorrang. Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung erfordert den ständigen Nachweis, dass die Verwaltung sich auch an die Gesetze hält. Die Einhaltung von Fristen, die Beteiligung aller Betroffenen oder die Berücksichtigung anderer formaler Regeln steht im Vordergrund der gerichtlichen Verfahren. Wer in einem Rechtsstaat

mehr sieht als nur ein formales Verfahren, ihn auch als Staat der Gerechtigkeit und Freiheit auffasst, der wird auch den verfassungsändernden Gesetzgeber an die Grundwerte jeder freiheitlichen Verfassungsordnung binden müssen.